

Joscha Wullweber

Heuristik statt politische Theorie: Eine postpositivistische Kritik des Rational-Choice-Ansatzes

Schlüsselwörter: Rational Choice, Postpositivismus, Positivismus, methodologischer Individualismus, kontaminierter Universalismus

In diesem Beitrag werden logische Konsequenzen, die sich aus den theoretischen Prämissen des Rational-Choice-Ansatzes für die politische Analyse ergeben, sowie dem Ansatz immanente Widersprüche aus postpositivistischer Sicht aufgezeigt. Die Grundprämissen dieses Ansatzes, insbesondere der methodologische Individualismus, der darauf aufbauende Universalismus und Objektivismus werden kritisch evaluiert. Insbesondere der fehlende Gesellschaftsbegriff und der starke, dem Ansatz zugrunde liegende Atomismus, grenzen ihn hiernach von anderen politischen Theorien ab. Zur Schärfung und Veranschaulichung der Kritik werden dem Rational-Choice-Ansatz postpositivistische Theorien und Konzepte wie Historizität, kontaminierte Universalität und soziale Objektivität gegenübergestellt. Zielsetzung dieses Beitrags ist es, die Differenzen zwischen dem Rational-Choice-Ansatz und postpositivistischen Theorien systematisch herauszuarbeiten und Möglichkeiten und Grenzen des Ansatzes für die politische Analyse zu diskutieren.

Heuristics instead of political theory: A post-positivist critique of Rational Choice

Keywords: Rational Choice, Postpositivism, Positivism, methodological Individualism, contaminated Universalism

Proceeding from a post-positivist point of view, this article examines the logical consequences and immanent contradictions that follow from the theoretical premises of the rational choice approach for political analysis. It offers a critical evaluation of the basic assumptions upon which rational choice theory is based, especially its methodological individualism, universalism, and objectivism. Rational choice differs from many political theories in the absence of a theory of society and its strong analytical atomism. In order to sharpen and more clearly illustrate the argument, this contribution contrasts rational choice with post-positivist theories and concepts, such as historicity, contaminated universality, and social objectivity. The aim of the article is to systematically scrutinize the differences between rational choice and post-positivist theories and to discuss opportunities and limits of the former for political analysis.

Joscha Wullweber

Fachgebiet Globalisierung und Politik, Universität Kassel

Nora-Platiel-Str. 1

D-34127 Kassel

E-Mail: joscha.wullweber@uni-kassel.de

Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), 43. Jg. (2014) H. 3, 241–257

1. Einleitung

[I]t would be a mistake to regard rational choice theory as having now achieved a rapprochement with the rest of political science. [...] rational choice continues to polarize the political science community (Hindmoor 2006, 21).

In letzter Zeit ist wieder eine Debatte um den Status des Rational-Choice-Ansatzes und dessen grundlegenden Unterschieden zu anderen politikwissenschaftlichen Theorien und Herangehensweisen entbrannt (Holzinger 2009; Marx 2010; Dür 2012; Eder 2012; Durnová 2012; siehe auch das ÖZP-Schwerpunktheft 2010, 39(1)).¹ In seinem elaborierten Plädoyer für den Rational-Choice-Ansatz setzt sich Dür (2012) mit verschiedenen Kritikpunkten an diesem Ansatz auseinander. Allerdings übersieht er hierbei einige grundsätzliche Probleme des Rational-Choice-Ansatzes, wie die aus der proklamierten Psychologie des Menschen resultierende Paradoxie der fehlenden Wahlfreiheit. Entscheidungen werden anhand kontextueller Faktoren bestimmt, dieser Kontext bleibt zugleich aber unterbestimmt. Insbesondere wird die universelle Erklärungskraft des Rational-Choice-Ansatzes infrage gestellt und der fehlende Kontingenzbegriff kritisiert. Diese grundsätzlichen Probleme sowie – auf epistemologischer Ebene – das Verhältnis zum Positivismus sollen in diesem Beitrag kritisch diskutiert und durch eine Gegenüberstellung mit postpositivistischen Theorien verdeutlicht und akzentuiert werden.

Die Stärke des Rational-Choice-Ansatzes basiert auf einem schlichten und stark stilisierten theoretischen Design. Dieser spezielle Theorieapparat macht es möglich, komplexe gesellschaftliche Fragestellungen auf sparsame und vor allem quantifizierbare, mathematische Formeln zu reduzieren. In diesem Beitrag wird die These vertreten, dass die formal-analytische Rigorosität auf Prämissen beruht, die dazu führen, dass der Rational-Choice-Ansatz sich von den meisten anderen Ansätzen der Politikwissenschaft und insbesondere den postpositivistischen Theorien grundsätzlich unterscheidet. Es ist, wie unten ausgeführt wird, weniger der fehlende Gesellschaftsbegriff des Rational-Choice-Ansatzes, der ihn von anderen Theorien unterscheidet, sondern der Umstand, dass mit diesem Ansatz kein Konzept von Gesellschaft kompatibel ist.

In diesem Beitrag soll es nicht darum gehen, ob der Rational-Choice-Ansatz empirisch tragbare Ergebnisse liefern kann oder geliefert hat (vgl. Mueller 2003, 660ff.; Dür 2012, 78). Green und Shapiro (1994; deutsche Übersetzung 1999) haben diesbezüglich mit ihrem Buch *Pathologies of Rational Choice Theory* eine grundlegende Kritik geliefert und kommen zu dem Schluss: „Folglich ist die Rational-Choice-Theorie, so eindrucksvoll ihre analytischen Ergebnisse oft auch sein mögen, bislang den Beweis schuldig geblieben, daß sie uns zuverlässig irgend etwas Neues über Politik sagen kann“ (ebd., 22). Allerdings führte diese Kritik zu einer lebhaften Debatte (vgl. Friedman 1996; Cox 1999; Hindmoor 2011), in dessen Folge es zu verschiedenen Weiterentwicklungen und einer theoretischen Schärfung des Rational-Choice-Ansatzes kam.² Auch sind seitdem eine Vielzahl neuer empirischer Studien entstanden (Bodenstein 2013). Diese Modifikationen unterliegen allerdings dem Dilemma, dass sie entweder das rigorose theoretische Konzept stark abwandeln (müssen), sodass mathematische Modellierungen nur noch bedingt möglich sind, oder aber trotz spezifischer theoretischer Veränderungen zumindest implizit das axiomatische Konzept des methodologischen Individualismus weiterhin akzeptieren (und die Kritik also weiterhin zutrifft). Denn trotz aller Verschiedenheit teilen die Arbeiten, die dem

Rational-Choice-Ansatz zugerechnet werden, einen „harten Kern an Annahmen“ hinsichtlich einer „Psychologie des Menschen“ (Dür 2012, 74). Die folgende Kritik problematisiert dementsprechend vor allem diesen harten Kern und dessen formal-analytische Konsequenzen für das politikwissenschaftliche Arbeiten.

Der Rational-Choice-Ansatz wird hier auch nicht, wie bei Green und Shapiro, generell als für die sozialwissenschaftliche Analyse untauglich bewertet. Vielmehr werden logische Konsequenzen, die sich aus den theoretischen Prämissen des Ansatzes für die politische Analyse ergeben, sowie theorieimmanente Widersprüche aufgezeigt, die die empirische Anwendung erschweren.³ Im Folgenden sollen die Grenzen des Ansatzes diskutiert und durch die Gegenüberstellung mit postpositivistischen Theorien vor allem die Notwendigkeit einer gesellschaftstheoretischen Einbettung sozialwissenschaftlicher Analysen herausgestellt werden.

In diesem Beitrag geht es schließlich auch nicht um die Frage, ob die grundlegenden ontologischen Annahmen des Rational-Choice-Ansatzes empirisch belastbar sind.⁴ Der Grund hierfür liegt darin begründet, dass viele ontologische Annahmen nicht empirisch falsifizierbar sind. Die ontologische Behauptung, dass es einen Gott gäbe, kann genauso wenig empirisch widerlegt werden wie die Aussage, dass keine Trennung zwischen Erscheinungsbild und Realität existiert. Es wird daher nicht Wendt gefolgt, wenn dieser fordert: „[O]ntology talk is necessary, but we should also be looking for ways to translate it into propositions that might adjudicated empirically“ (Wendt 1999, 37, zit. n. Hay 2002, 92). Vielmehr wird argumentiert, dass die (häufig leider unbewusste) Entscheidung für eine bestimmte Ontologie richtungweisend für den Verlauf und die Ergebnisse sozialwissenschaftlicher Forschungen ist: „[W]hether we choose to conduct our analysis in terms of identities, individuals, social collectivities, states, regimes, systems, or some combination of the above, reflects a prior set of ontological choices and assumptions“ (Hay 2008, 79). Die Entscheidung für eine bestimmte Ontologie wird damit zu einer (wissenschafts-)politischen Entscheidung. In diesem Sinne versteht sich der folgende Artikel auch als Beitrag zu einem respektvollen Wettstreit der wissenschaftlichen Sichtweisen.

Nach einer Darstellung der Grundprämissen des Rational-Choice-Ansatzes wird dieser dem postpositivistischen Theorierahmen und dessen ontologischen und epistemologischen Annahmen gegenüber gestellt. Der Beitrag entwickelt dabei den Vorschlag, Rational Choice als Heuristik zu verstehen, die verschiedene für die politische Analyse sinnvolle Forschungsstrategien anbietet, was allerdings auf Kosten des Versprechens einer universellen Erklärungskraft dieses Ansatzes geht.

2. Theoretische Grundprämissen des Rational-Choice-Ansatzes

2.1 Methodologischer Individualismus

Der Ausgangspunkt des Rational-Choice-Ansatzes ist der einzelne Akteur und dessen interessegeleitetes Handeln:⁵ „[T]o explain social institutions and social change is to show how they arise as the result of the action and interaction of individuals“ (Elster 1989, 13). Nach Popper beinhaltet ein methodologischer Individualismus „to construct and analyse our sociological models carefully in descriptive or nominalist terms, that is to say, *in terms of individuals*, of their attitudes, expectations, relations, etc.“ (Popper 1957, 135, Herv. i. O.). Politische Ereignisse werden über das Verhalten, die Erwartungen und die Interaktion einzelner Akteure erklärt: „[T]he elementary unit of social life is the individual human action“ (ebd.). Maßgeblich sind

individuelle Entscheidungen, von denen auf makropolitische und makroökonomische Phänomene geschlossen wird (vgl. Blaug 1980, 45f.). Im Zentrum der Analyse steht daher das Individuum bzw. der Akteur und nicht die gesellschaftliche Struktur. Das Konzept des Akteurs beruht hierbei auf bestimmten Grundannahmen hinsichtlich Individualität, Rationalität, Hierarchie von Präferenzen und Eigennutz. Es ist ein dezidiert schlichter, stilisierter und deduktiver Ansatz, der axiomatische, also theoretisch nicht weiter begründbare und auch nicht aus der Empirie induktiv herleitbare Setzungen macht und aus diesen Setzungen anschließend bestimmte Thesen über menschliche Verhaltensweisen ableitet. Diese basieren häufig auf mathematischen Modellen. Die stärkste axiomatische Annahme beinhaltet eine bestimmte „Psychologie des Menschen“ (Dür 2012, 74). Diese impliziert, dass Akteure *zweckrational* handeln: Sie agieren stets so, als ob sie eine Kosten-Nutzen-Analyse aller möglichen (bekannten) Entscheidungsmöglichkeiten vorgenommen hätten. Die Entscheidungsmöglichkeiten werden anschließend mit hierarchisierten (transitiven und über einen gewissen Zeitraum stabilen) Präferenzen abgeglichen und schließlich wird stets diejenige Entscheidung getroffen, die in der Rangliste an oberster Stelle steht (Stichwort Nutzenmaximierung). Die Präferenzen wiederum unterliegen den jeweiligen *constraints* (z.B. den Fähigkeiten der Akteure oder dem limitierten Budget des Konsumenten) und *beliefs* (kausalen Überzeugungen).

Die theoretischen Wurzeln des Rational-Choice-Ansatzes gehen auf die Klassische Politische Ökonomie und die neoklassische Ökonomik zurück (vgl. Friedman 1953; Mueller 2004). Adam Smith, der als einer der Urväter der Klassischen Ökonomie angesehen wird, leitet das menschliche Handeln – vereinfacht wiedergegeben – aus dem Egoismus des Menschen ab (Smith 1974 *1776, 17). Smith geht davon aus, dass dieses egoistische und nutzenmaximierende Handeln von freien Individuen langfristig zu allgemeinem gesellschaftlichem Wohlstand führt (ebd., 371).⁶ John Stuart Mill entwickelte daraus den methodologischen Individualismus: „The laws of the phenomena of society are, and can be, nothing but the laws of the actions and passions of human being united together in the social state [...]. Men are not, when brought together, converted into another kind of substance, with different properties [...]. Human beings in society have no properties but those which are derived from, and may be resolved into, the laws of nature of individual man“ (1970 *1843, 573; zit. n. Hollis 1994, 10).

Vor allem in neueren Arbeiten wird die theoretische Notwendigkeit von Egoismus respektive Eigennützigkeit der Akteure für den Rational-Choice-Ansatz verneint (vgl. Holzinger 2009, 541; Grobe 2011, 111f.; Dür 2012, 74f.). Nicht zuletzt haben verschiedene Studien gezeigt, dass die Annahme, Menschen würden stets eigennützig handeln, anfechtbar ist (vgl. Guth et al. 1982; Elster 2000; 2007; Boudon 2003; Hindmoor 2011, 197). In diesem Sinne wird häufig betont, dass der Rational-Choice-Ansatz agnostisch hinsichtlich der Präferenzen sei (vgl. Dür 2012, 74f.). Demnach kann auch Altruismus an oberster Stelle stehen.⁷ Allerdings kommt die Eigennützigkeit häufig zumindest indirekt über die Auswahl der Handlungsalternativen und der subjektiven Nutzenkalküle hinsichtlich Nutzenmaximierung wieder zum Tragen. Denn die Akteure „wählen aus den ihnen zur Verfügung stehenden Handlungsalternativen diejenige aus, von der sie sich *den höchsten Nutzen* versprechen“ (Holzinger 2009, 542, meine Hervorhebung). Tatsächlich ist die Prämisse der Nutzenmaximierung, aber nicht die der Eigennützigkeit, wie unten gezeigt wird, eine *conditio sine qua non* des Rational-Choice-Ansatzes (vgl. auch Marx 2010, 47). Wenn also inzwischen häufig betont wird, dass Eigennutz kein notwendiger Bestandteil des Rational-Choice-Ansatzes sei, sondern nur eine Zusatzannahme (Grobe 2011, 111), so wird doch weiterhin in den meisten Arbeiten diese Zusatzannahme verwendet (Hindmoor 2006, 2–4; siehe auch ebd., 195ff.; Keohane 2009, 38). Weiterhin ist bereits in verschiedenen Studi-

en gezeigt worden, dass die Präferenzen der Menschen keineswegs stets stabil und transitiv sein müssen, sondern durchaus instabil und bisweilen intransitiv⁸ sind, dass Risiken regelmäßig falsch eingeschätzt werden und dass häufig kooperiert wird, auch wenn diese Kooperation nicht unbedingt der Nutzenmaximierung entspricht (vgl. Kahneman/Tversky 2000; Frohlich/Oppenheimer 2006; Ariely 2008).

In der (neo-)klassischen Ökonomie werden außerdem Aussagen hinsichtlich des gesellschaftlichen Allgemeinwohls getroffen, die im Rational-Choice-Ansatz implizit mitschwingen.⁹ Denn häufig geht der methodologische Individualismus Hand in Hand mit dem politischen Individualismus (vgl. Hindmoor 2006, 4). Letzterer beinhaltet, dass der Schutz der individuellen Freiheit das höchste Ziel staatlichen Handelns sein sollte (vgl. Blaug 1980, 45). Er ist daher eng mit dem Liberalismus verbunden. Wird der Interaktion von Marktakteuren freien Lauf gelassen, so die allgemeine Gleichgewichtstheorie, stellt sich mittel- bis langfristig ein Gleichgewicht zwischen Nachfrage und Angebot ein (und damit gesellschaftlicher Wohlstand). Der Rational-Choice-Ansatz fußt auf diesen Gleichgewichtsannahmen (vgl. Riker 1990, 175). Allerdings kommt es durch staatliches Handeln oder beispielsweise auch durch den Einfluss von Gewerkschaften zu Marktverzerrungen, die potenziell Marktversagen zur Folge haben können. In spieltheoretischen Modellen innerhalb des Rational-Choice-Ansatzes wird von der Annahme eines allgemeinen gesellschaftlichen Gleichgewichts insofern abgewichen, als dass bestimmte zweckrational nachvollziehbare Akteurskonstellationen zu multiplen Gleichgewichten oder auch zu nicht-optimalen Resultaten führen können (vgl. Carlson/Dacey 2013). Unter bestimmten Voraussetzungen kann im Rational-Choice-Ansatz der Markt durchaus daran scheitern, eine (Pareto-)optimale Ressourcenallokation zu erreichen, was wiederum staatliche Intervention rechtfertigt (vgl. Mueller 2003, 9ff.; Holzinger 2009, 542ff.).

2.2 *Naturalisierter Universalismus*

Im Rational-Choice-Ansatz wird das zweckrationale Handeln nicht auf ökonomisches Handeln beschränkt, sondern auf alle politischen Handlungen übertragen (Mueller 2003, 1; Pettit 2002, 233; vgl. von Mises 1951, 124). Es wird davon ausgegangen, dass von spezifischen Handlungen abstrahiert werden kann. Mueller (1993, 146f.) hofft dementsprechend: „Public Choice [...] will encompass all of political science.“¹⁰ Diese Sichtweise basiert auf einem theoretischen Monismus im Sinne Poppers (1957, 130).

Es gibt genügend empirische Belege dafür, dass sich bestimmte Handlungsweisen regelmäßig oder periodisch oder auch antizyklisch wiederholen und auf dieser Grundlage bestimmte Vorhersagen getroffen werden können (z.B. das Bilden von Blasen an der Börse oder die Stauwarnungen für anstehende Schulferien). Nun ist die Abstrahierung vom Partikularen Grundlage jeder Theorie, die den Anspruch hat, mehr als nur eine raumzeitlich spezifische Situation zu erklären; im Rational-Choice-Ansatz nimmt sie aber eine naturalisierende Dimension ein, die ihn von anderen politischen Theorien unterscheidet. Die Formalisierung hat zur Folge, dass die Kontingenz – die Unbestimmtheit und zugleich Nicht-Zufälligkeit (s.u.) – gesellschaftlicher Prozesse theoretisch vernachlässigt werden kann. Unberechenbare Unsicherheit wird mit berechenbarem Risiko gleichgesetzt und die Notwendigkeit einer Theoretisierung von Ersterer verneint (Arrow 1951; vgl. Kessler 2008, 137ff.). Die postulierte Psychologie des Menschen drückt sich im Konzept der Rationalität aus. Menschen handeln demnach zweckrational, was bedeutet, dass jede Entscheidung auf Nutzenmaximierung hinsichtlich einer über einen gewissen Zeitraum

stabilen Präferenzordnung basiert. Was der jeweilige Nutzen ist, der maximiert werden soll, ist theoretisch offen und wird anhand von Präferenzen ermittelt.

Der rationale Akteur trifft im Rational-Choice-Ansatz demnach stets die optimale Entscheidung zwischen den dem (stilisierten) Akteur bekannten Optionen hinsichtlich der ihm zugeschriebenen Präferenzen. Paradoxaerweise bedeutet das zu Ende gedacht, dass der Akteur überhaupt keine Wahl hat: „Choice in such a theory is empty“ (Shackle 1969, 272f., Herv. i. O.; siehe auch Hay 2002, 103). Die Möglichkeit, irrational zu handeln und sich für eine nicht optimale Entscheidung zu entscheiden, steht dem Akteur nicht offen. Der Akteur trifft stets die (für ihn oder sie) beste Wahl und *ceteris paribus* zu unterschiedlichen Zeiten die gleiche Entscheidung (vgl. Dunleavy 1991, 3f.).

Die Entscheidung für eine bestimmte Option hängt also nicht vom Akteur, sondern vom Kontext bzw. den vorhandenen Optionen und definierten Präferenzen ab. Der Handlungsrahmen diktiert das Handeln des Akteurs, aus dem kausal-mechanistische Erklärungsmuster abgeleitet werden. Der Akteur hat schlicht keine Wahl (Tsebelis 1990, 40; MacDonald 2003; Hay 2004b, 40). Es ist dieser Determinismus, der es ermöglicht, gesellschaftliche Akteure aus einer quasinnaturwissenschaftlichen Herangehensweise zu einer statischen Komponente werden zu lassen. Dem kann auch nicht mit dem Argument begegnet werden, dass es durchaus Situationen gibt, in denen mehrere optimale oder nur suboptimale Entscheidungen existieren. Viele spieltheoretische Modelle besitzen mehrere mögliche Gleichgewichte. Auch hier hat der Akteur allerdings keine Entscheidungsmöglichkeit. Vielmehr verteilen sich die Entscheidungen der Akteure in dieser Situation je nach berechneter Wahrscheinlichkeit oder spieltheoretischem Modell. Trotz aller Komplexität sind die Entscheidungen probabilistisch berechenbar. In einem solchen theoretischen Rahmen besitzt das Individuum keine ihm eigene Identität, nur die ihm zugeschriebenen Präferenzen. Es ist austauschbar mit einer Person mit gleichen Präferenzen (siehe Tsebelis 1990, 43f.).

Ein weiterer Punkt betrifft das Konzept der Rationalität selbst. Dabei geht es nicht um die Frage, ob Akteure rational sind oder nicht. Vielmehr ist das Konzept der Rationalität so, wie es innerhalb des Rational-Choice-Ansatzes verwendet wird, tautologisch: Wenn rationales Handeln darin besteht, stets nach den gegebenen Präferenzen zu handeln und zugleich keine wie auch immer geartete Präferenz ausgeschlossen wird (vgl. Eells 1982; Dür 2012, 75), dann ist jede Handlung rational, die auf jedweder Präferenz basiert, solange diese stetig und konsequent optimiert wird. Auch Verhaltensänderungen können auf diese Weise erklärt werden: „[I]f a rational actor had an incentive to deviate (that is, improve her condition) from her previous behavior, that behavior was by definition not optimal“ (Tsebelis 1990, 43f.).

2.3 Positivismus

Rigorese Modellrechnungen auf Ebene der Mikroökonomie, objektive Zyklen, rational getroffene Entscheidungen, und die Annahme eines fundamentalen Gleichgewichts sind die Kriterien, die den Rational-Choice-Ansatz so attraktiv machen. Nach Friedman spielt es hingegen kaum eine Rolle, ob die Theorie akkurat die Realität beschreibt. Im Gegenteil, inakkurate Beschreibungen seien das kennzeichnende Kriterium einer guten Theorie (Friedman 1953, 14; kritisch Dür 2012, 76). Da Hypothesen stets Abstraktionen komplexer Phänomene darstellen, können diese nach Friedman gar nicht plausibel sein (Friedman 1953, 14).¹¹ Das Einzige, was laut Friedman zähle, seien akkurate Vorhersagen.

Auch wenn Friedman den Umkehrschluss, dass Hypothesen umso plausibler seien, je weiter sie von der Realität entfernt sind, verwirft, so ergeben sich doch wissenschaftstheoretische Zweifel. Empirische Belege für theoretische Modelle sind nicht unbedingt ein Beweis für die Richtigkeit einer Theorie (vgl. Hay 2004b, 48). So zeigt MacKenzie (2006, 256f.), wie das Black-Scholes-Merton-Modell, das zunächst inakkurate Annahmen zur Bewertung von Finanzoptionen aufstellte, zunehmend die Handlungen der Finanzmarktakteure beeinflusste. Das Modell selbst wurde also zur Handlungsvorlage und bildete dementsprechend die Finanztransaktionen immer besser ab. Zugleich erhöhte seine breite Anwendung die – wiederum modellwidrige – Wahrscheinlichkeit extremer Ereignisse. Callon (2007) greift das Konzept der Performativität auf, um zu argumentieren, dass die Ökonomik nicht eine bereits existierende externe Welt beschreibt, sondern dass diese auch durch die Ökonomik konstituiert wird. Diese gegenseitige Beeinflussung von Wissenschaft und Untersuchungsgegenstand wird im Rational-Choice-Ansatz nicht theoretisch abgebildet (vgl. auch Hindmoor 2010, 56f.).

Der Rational-Choice-Ansatz wird häufig zu den positivistischen Ansätzen der Politikwissenschaft gezählt, vielleicht aus dem Grund, weil disziplinäre Praxis gern szientistisch mit positivistisch gleichsetzt (Wight 2006, 17). Diese Zurechnung ist aber nur bedingt richtig, da sowohl auf ontologischer wie auch auf epistemologischer Ebene einige Unterschiede bestehen (s.u. und vgl. Wullweber 2014).¹² Denn eine positivistische epistemologische Herangehensweise, wie sie beispielsweise im Behaviorismus verfolgt wird, geht von einem induktiven Vorgehen aus (Blaikie 1993, 133). Die Richtung des Forschungs- und Erkenntnisprozesses bewegt sich von der empirischen Untersuchung und dem Sammeln von für als wichtig erachteten Daten bzw. Fallbeispielen über deren Generalisierung hin zur Entwicklung einer Theorie, die diese Generalisierungen fassen und erklären kann. Im besten Fall können aus vielen Einzeluntersuchungen universelle Erklärungen folgen, die dann wiederum empirisch getestet werden können. Diese universellen Erklärungen folgen dem Prinzip der sparsamen Erklärung (Parsimonie), mit möglichst wenigen Variablen möglichst umfassende Erklärungen zu liefern.

Der Rational-Choice-Ansatz beansprucht zwar ähnlich, allgemeingültige Erklärungen mit möglichst sparsamen Modellen für spezifische Fallbeispiele zu liefern. Die Richtung des Forschungsprozesses ist jedoch umgekehrt: Von dem theoretischen Modell werden prädiktive Hypothesen abgeleitet, die anschließend empirisch getestet werden. Es handelt sich also um einen deduktiven Erkenntnisprozess. Er startet bei der aus der Theorie abgeleiteten Hypothese, dass aus Handlung X stets Handlung Y folgt. Wenn in der empirischen Untersuchung Handlung Y identifiziert wird, wird geschlussfolgert, dass vorher Handlung X stattgefunden haben muss. Ist das nicht der Fall oder die Evidenz unzureichend, muss zumindest die Hypothese überarbeitet werden.

Auf epistemologischer Ebene teilt der Rational-Choice-Ansatz mit dem Positivismus also den Anspruch der Generierung allgemeiner universeller Gesetze und wertfreier Aussagen und den Atomismus, also die Sichtweise, Forschungsobjekte als diskrete, unabhängig vom gesellschaftlichen und zeitlichen Kontext konzeptualisierbare, fundamentale und ultimative Analyseeinheiten zu verstehen. Trotzdem sind sie zu unterscheiden, denn die theoretischen und empirisch nicht ableitbaren Setzungen des Rational-Choice-Ansatzes sind mit der positivistischen Annahme, dass nur Wissen als wissenschaftlich zählt, das experimentell erlangt wurde (Phänomenalismus) und abstrakte Konzepte experimentell ableitbar sein müssen (Nominalismus), unvereinbar (vgl. Blaikie 1993, 13ff.; Hay 2002, 31; Harré 1970).¹³

3. Postpositivistische Theorien

Die schärfste Kritik am Rational-Choice-Ansatz stammt von postpositivistischen Theorien. Das Präfix *post* verweist darauf, dass es sowohl theoretisch bedeutende Brüche mit dem Positivismus gibt, als auch deutliche Kontinuitäten existieren. Anzumerken ist, dass unter dem Begriff Postpositivismus unterschiedliche Theorien und Ansätze gefasst werden, wie poststrukturalistische und interpretative Theorien, viele feministische Theorien, der kritische Realismus, neogramscianische Ansätze und auch einige historisch-materialistische sowie konstruktivistische Ansätze. Gemeinsam ist diesen Theorien, dass sie sich kritisch mit positivistischer Wissenschaft auseinandersetzen (vgl. ausführlich Smith et al. 1996). Sie lehnen die Vorstellung ab, Sozialwissenschaften könnten die Vorgehensweise der Naturwissenschaften imitieren oder übernehmen, und sie verneinen die Möglichkeit einer neutralen und wertfreien Wissenschaft. Alle Theorien beinhalten zumindest implizit eine bestimmte Perspektivität und gewisse ontologische Grundannahmen (vgl. Shapiro 1981; Wullweber 2014).

3.1 Individuum und Gesellschaft

Aus Sicht des Rational-Choice-Ansatzes können „soziale Phänomene am besten aus der Perspektive der einzelnen handelnden Akteure erklärt werden“ (Dür 2012, 75). Das Ganze (die Gesellschaft) ist hier, *pace* Aristoteles, nicht mehr als die schlichte Summe seiner Teile (der Individuen bzw. Akteure): „[S]ocial groups are nothing over and above the individuals who are their members“ (Gilbert 1989, 428, zit. n. Hay 2008, 89). Vom einzelnen Akteur ausgehend und konzeptionell auf das Individuum ausgerichtet, ist die Gesellschaft eine Blackbox.¹⁴ In der neoklassischen Theorie wird der Markt als aus Individuen bestehend konzeptionalisiert, deren Handlungen Angebot und Nachfrage über Preisvermittlungen ins Gleichgewicht bringen und so insgesamt zu einem allgemeinen gesellschaftlichen Nutzen führen. Im Rational-Choice-Ansatz wird die Vorstellung eines Marktgleichgewichts zugunsten des utilitaristischen Optimierungsprinzips aufgegeben (vgl. Carlson/Dacey 2013, 91f.). Wie oben gezeigt wurde und entgegen der Annahme von Eder (2012, 196), ist die Akteursperspektive eine zu vernachlässigende Größe. Es ist der Kontext, der die Entscheidung vorgibt. Nun bleibt aber genau dieser Kontext – die politischen, sozialen und ökonomischen Konditionen, die zur Bildung bestimmter Präferenzen führen und unter denen Entscheidungen getroffen werden bzw. die das Treffen von Entscheidungen überhaupt erst notwendig machen – im Rational-Choice-Ansatz theoretisch unterbelichtet (vgl. Hay 2004b, 44; Durnová 2012, 317ff.).

Demgegenüber betonen postpositivistische Theorien, dass Akteure stets in eine gesellschaftliche Struktur eingebunden sind, diese Struktur formen und durch diese geformt werden. Postpositivistische Theorien analysieren soziale Phänomene relational. Politische und ökonomische Strukturen werden über ihre Beziehungen – über ihr Verhältnis zueinander – analysiert. Gesellschaft wird als komplexes Ensemble sozialer Verhältnisse konzeptualisiert. Obwohl auch hier die Reduktion von gesellschaftlicher Komplexität als notwendig erachtet wird, um überhaupt allgemeine theoretische Aussagen treffen zu können, wird eine zu starke Komplexitätsreduktion kritisch gesehen.

Postpositivistische Theorien geben folglich die rigide Gegenüberstellung von Struktur und Akteur auf. Akteur und gesellschaftliche Struktur bedingen sich gegenseitig. Die Kontingenz von Strukturen wird hervorgehoben.¹⁵ Mit dem Konzept der Kontingenz wird die Anwesenheit

einer sozialen Struktur, im Sinne einer Verstetigung von Handlungen und einer Verfestigung von Bedeutungen, anerkannt und zum anderen betont, dass die vollständige Strukturierung fehlschlägt, da sie vom Zufall unterlaufen wird. Derrida (1991, 49f.) spricht von einer der Struktur inhärenten Unentschiedenheit. Da die Struktur also im Gegensatz zum Rational-Choice-Ansatz nicht die Entscheidung vorgibt, bedarf es des Akteurs, der Entscheidungen treffen muss und auf diese Weise die soziale Struktur (re-)produziert und transformiert. Das Treffen von Entscheidungen wird dem Akteur durch die Unentschiedenheit der Struktur gleichsam aufgezwungen (Laclau 1999, 127; vgl. auch Wullweber 2010, 76ff.).

Zugleich wird in postpositivistischen Ansätzen das Ringen um die Reproduktion und (partielle) Transformation von Strukturen betont (vgl. Pühretmayer 2010). Haben sich zu einem bestimmten Zeitpunkt bestimmte Handlungen und Aussagen verstetigt – genauer: wurden bestimmte Handlungen und Aussagen über einen gewissen Zeitraum beständig und erfolgreich von Akteuren einer Gesellschaft in der Art reartikuliert, dass eine Vielzahl weiterer Akteure diese Handlungen als normale Handlungen und Wahrheiten übernehmen –, wirken diese wiederum selektiv auf weitere Handlungen innerhalb dieser Gesellschaft ein. Eine gesellschaftliche Struktur beinhaltet demnach eine spezifisch verfestigte und infolgedessen über einen gewissen Zeithorizont und innerhalb eines bestimmten soziopolitischen Raums stabilisierte soziale Verfasstheit.

3.2 *Historizität und kontaminierte Universalität*

Der Rational-Choice-Ansatz löst den Akteur aus seinen historisch gewachsenen gesellschaftlichen Relationen heraus. Vom gesellschaftlich sozialisierten Individuum besteht im Rational-Choice-Ansatz nur noch ein Handeln fort, das auf Nutzenmaximierung aus ist¹⁶ Einzig die Präferenzen, die dem Akteur zugeschrieben werden, sind gewissermaßen als Schatten der gesellschaftlichen Sozialisation noch vorhanden. Zeit als kontingente und die gesellschaftlichen Relationen verändernde Größe wird außen vor gelassen. Das Individuum wird auf eine vermeintlich ahistorische Natur des Menschen reduziert.

Auch wenn eine starke Komplexitätsreduktion von postpositivistischen Theorien kritisch gesehen wird, ist, wie erwähnt, epistemologisch nichts gegen das Prinzip der Parsimonie einzuwenden.¹⁷ Die Kritik ist auf einer anderen Ebene angesiedelt: Für postpositivistische Theorien sind universelle, transzendente und daher soziohistorisch entbettete Erklärungen und Konzepte nicht möglich (Lefort 1988, 11): Es kann kein ahistorisches Explanans, wie eine universelle Gesetzmäßigkeit oder eine gesellschaftlich unabhängige Idealtheorie geben. Vielmehr ist jede Theorie in einen soziohistorischen Kontext eingebettet. Das bedeutet zugleich, dass es keine reinen, im Sinne von gesellschaftlich unabhängigen, empirischen Fakten gibt. Das zu Erklärende existiert demnach nicht in Reinform, sondern ist ein immer schon kontextualisiertes Explanandum, das nur sehr bedingt unabhängig vom Kontext betrachtet werden kann.

Wenn aber sowohl Explanans wie Explanandum in hohem Grad kontextabhängig sind, können weder konkrete Begebenheiten von universell gültigen Gesetzmäßigkeiten abgeleitet werden (Deduktion), noch kann von vielen Einzelfällen auf universelle Erklärungen geschlossen werden (Induktion). Vielmehr muss die Forderung nach einer unabhängigen Variable – oder noch allgemeiner, die Idee, dass die Anwendung einer Theorie diese nicht verändern würde – aufgegeben werden: Theorie und Empirie sind keine feststehenden Größen, sondern beständig Veränderungen unterworfen, was auch bedeutet, dass es keine universelle Theorie und auch keine universellen Erklärungen oder Analysen, sondern nur historisch spezifische und gesellschaftlich

kontextualisierte Theorien und Erklärungen geben kann. Glynos und Howarth (2007, 18ff.) nennen diese epistemologische Herangehensweise „Retroduktion“.

Die Universalitätsannahme – im Sinne der Annahme, dass eine Theorie für alle Zeiten und Orte gelten kann und folglich die komplexen gesellschaftlichen Verhältnisse auf einzelne Theorien oder Prinzipien reduziert werden können –, auf die der Rational-Choice-Ansatz basiert, existiert aus Sicht von postpositivistischen Theorien nur als imaginäre und folglich von Partikularitäten *kontaminierte* Universalität (Laclau 2000). Auch eine Erklärung mit allgemeingültigem Anspruch gründet demnach auf historisch und gesellschaftlich spezifischen Annahmen. Jede Universalität trägt diese Reste oder Spuren der Partikularitäten, aus denen sie entwickelt wurde, in sich (Derrida 1986, 66f.).

3.3 Soziale Objektivität

Wie können nun von postpositivistischen Theorien wissenschaftliche Erklärungen geliefert werden, wenn sowohl die Objektivität von empirischen Daten als auch die Möglichkeit von Universalität einer Theorie hinterfragt werden? Die Antwort lautet, dass nur eine universelle Objektivität, nicht aber eine soziale und also historisch spezifische Objektivität infrage gestellt wird.¹⁸ In postpositivistischen Theorien wird die gesellschaftliche Rolle wissenschaftlichen Arbeitens und der Einfluss von Wissenschaft auf Gesellschaft hervorgehoben. Es können keine allgemein gültigen, also zeitlich und politisch dekontextualisierten, wissenschaftlichen Ergebnisse produziert werden. Vielmehr sind wissenschaftliche Erkenntnisse stets sozial-kontextualisierte Wahrheiten. Und da die Gesellschaft Veränderungen unterworfen ist, sind auch Erkenntnis und Wahrheit Veränderungen unterworfen. Husserl (1978, 164ff.) nennt den Prozess, bei dem das Wissen um den schöpferischen und sozialen Moment einer wissenschaftlichen Erkenntnis schrittweise verloren geht, Sedimentation. Entsprechend nehmen postpositivistische Theorien eine reflexive Perspektive auf den Akt der Wissensproduktion ein und betrachten gesellschaftliche Veränderung als konstitutiv für Erkenntnis und umgekehrt. Theoretische Konzepte sind daher idealtypische Abstraktionen, die bestimmte Vorstellungen von Gesellschaft und gesellschaftlichen Prozessen privilegieren und andere Konzepte (begründet) vernachlässigen.

Das bedeutet nicht, einen Relativismus zu proklamieren, in dem alle möglichen Erklärungen und Analysen die gleiche Berechtigung inne hätten. Letzteres wäre eine antipositivistische Herangehensweise. Wenn auch mit einer *post*positivistischen Herangehensweise nicht davon ausgegangen werden kann, dass einige Sachverhalte *per se* objektiver wären als andere, so kann dennoch konstatiert werden, dass einige Analysen überzeugender und plausibler als andere Analysen sind. Plausibilität und Überzeugungskraft einer Analyse sind allerdings wiederum nicht universell bestimmbar, sondern abhängig vom soziohistorischen Kontext. Es gibt einen Widerstreit der Ideen, ein Ringen um die objektive Erklärung und angemessene Theorie. Dieser Wettstreit um Objektivität findet wiederum nicht auf einem neutralen Terrain statt. Bestimmte Wahrheiten werden als Paradigmen innerhalb einer Normalwissenschaft leichter akzeptiert als andere (vgl. Kuhn 1967).

4. Rational Choice als Heuristik

Postpositivistische Theorien teilen mit dem Rational-Choice-Ansatz gegenüber dem Phänomenalismus und Nominalismus positivistischer Theorien die Annahme, dass ontologische bzw. metatheoretische Überlegungen ihre Berechtigung haben, ohne dass diese empirisch erlangt oder experimentell ableitbar wären. Theoretische Konzepte können als Heuristik bestimmte politische Sachverhalte beschreiben, ohne dass die Konzepte selbst empirisch verifizierbar bzw. falsifizierbar wären. Dass „der größte Teil der theoretischen Hypothesen von Rational-Choice-Theoretikern nicht empirisch getestet worden [ist]“ (Green/Shapiro 1994, 16), ist demnach nicht problematisch, solange diese Konzepte als Heuristik und nicht als allgemeingültige Fakten verstanden werden. Sowohl mit positivistischen Theorien als auch mit dem Rational-Choice-Ansatz teilen postpositivistische Theorien die Ansicht, dass wissenschaftliches Arbeiten mit Komplexitätsreduktion einhergehen sollte und dass einige Erklärungen und wissenschaftliche Analysen plausibler sind als andere.¹⁹ Mit dem Positivismus, wenn auch aus einem anderen Beweggrund, teilen postpositivistische Theorien wiederum die Kritik am axiomatischen Kern des Rational-Choice-Ansatzes. So weit die Gemeinsamkeiten.

Die Verve der Kritik von postpositivistischer Seite richtet sich jedoch an beide Ansätze und deren Grundsätze: Atomismus, Universalismus und die Annahme, transzendent-allgemeingültige Theorien bzw. Hypothesen liefern zu können, sowie die Annahme der Möglichkeit der Trennung von Fakten und Werten. Speziell an den Rational-Choice-Ansatz richtet sich die Kritik eines methodologischen Individualismus: Akteure werden, wie oben erläutert, als diskrete, unabhängig vom gesellschaftlichen und zeitlichen Kontext konzeptualisierbare, fundamentale und ultimative Einheiten der politischen Analyse gesehen.

Viele Varianten des Rational-Choice-Ansatzes haben den formal-analytischen Theorierahmen inzwischen modifiziert. So wird der Kontext der Entscheidung und auch die Möglichkeit endogener Präferenzbildung z.B. im „Rational Choice Institutionalismus“ (vgl. Hall/Taylor 1996, 942ff.; Holzinger 2009, 543ff.) oder im „akteurszentrierten Institutionalismus“ (vgl. Mayntz/Scharpf 1995; Scharpf 1997) und auch in Arbeiten, die unter den Begriff „Open Economy Politics“ zusammengefasst werden bzw. die auf der evolutionären Spieltheorie aufbauen (vgl. Lake 2009), mit einbezogen (siehe auch Holzinger 2008). Bell (2002) spricht dementsprechend von einer zweiten Generation von Rational-Choice-Ansätzen. Statt von einer universellen Erklärungskraft auszugehen, könnte der Ansatz, wie Hindmoor (2011, 200) vorschlägt, stattdessen besser einen partiellen Universalismus verfolgen. Das würde bedeuten zu akzeptieren, dass die Grundkriterien des Rational-Choice-Ansatzes wie Zweckrationalität, komplette, (über einen gewissen Zeitraum) stabile und transitive Präferenzen und Eigennutz in den meisten Fällen nicht zutreffen, dass jedoch zugleich in den Fällen, in denen diese Kriterien gegeben sind, der Rational-Choice-Ansatz ein effektives analytisches Instrumentarium bereitstellt.²⁰

Aus postpositivistischer Sicht ist eine solche Herangehensweise allerdings problematisch: „it implies a profound ontological unevenness and inconsistency – some parts of the social universe are simple, some complex“ (Hay 2004b, 56). Wie oben dargestellt, werden aus einer solchen Sicht soziale Phänomene relational verstanden. Wenn also Hindmoor (2011, 200) fragt, „[w]hy cannot certain parts of the world be simpler than others?“ lautet die postpositivistische Antwort, dass alle gesellschaftlichen Bereiche und Problemfelder miteinander zusammenhängen. Die Auftrennung komplexer gesellschaftlicher Verhältnisse in verschiedene gesellschaftliche Bereiche und soziale Beziehungen kann analytisch sinnvoll und methodisch notwendig sein. Das sollte allerdings nicht den Blick darauf verstellen, dass es sich um nicht mehr als eine analytische

Trennung handelt und dass die Trennung als solche wiederum Auswirkungen auf das Realitätsverständnis hat. Diese methodische Trennung muss daher aus postpositivistischer Sicht am Ende der politischen Analyse wieder zusammengeführt werden, was mehr als ein additives Zusammenzählen beinhaltet.

Jede Modifikation des Rational-Choice-Ansatzes steht vor dem Problem, dass dadurch dessen Grundprämissen zur Disposition gestellt werden. Auch stellt sich die Frage, was den Rational-Choice-Ansatz zusammenhält, wenn der harte ontologische Kern und damit das einzige Kriterium, das die verschiedenen Rational-Choice-Ansätze miteinander teilen, aufgegeben wird. Statt eines Forschungsprogramms, wie Dür (2012, 74) in Anlehnung an Lakatos (1977) vorschlägt, könnte nach Hindmoor (2011, 201) besser von einer auf mathematischen Modellen basierenden Forschungstradition gesprochen werden, die als Heuristik auf stark vereinfachten theoretischen Annahmen beruht (vgl. auch Laudan 1977; 1996). Denn wie bereits Herne und Setälä (2004) ausführen, reichen die Rationalitätsannahme und der methodologische Individualismus aus, um nach Lakatos als harter Kern eines Forschungsprogramms zu gelten. Der Rational-Choice-Ansatz wäre demnach also nicht „mehr als nur eine Theorie“ (Eder 2012, 196), sondern eher weniger als eine politische Theorie. Hay (2004b, 40) argumentiert allerdings, dass der Rational-Choice-Ansatz weder ein Forschungsprogramm noch eine Forschungstradition, sondern schlicht ein Set verschiedener Forschungsstrategien beinhaltet, die stilisierte Heuristiken konstruieren (siehe ähnlich auch Hauptmann 1996; Green/Shapiro 1999, 41f.; Ward 2008).

Als Heuristik kann Rational Choice interessante Erklärungen hypothetischer Szenarien oder logische Konsequenzen einer Gruppe von Annahmen erforschen und Anreiz für weitere Forschungen liefern, wohl wissend, dass diese Szenarien die soziale Realität nur bedingt bzw. nur in bestimmten Bereichen abbilden: „[W]hilst the paradox of voting has proved to be an empirical disaster zone for RC theory, it has stimulated research into the decision to vote“ (Hindmoor 2011, 205; Hindriks 2008). Verschiedene Spiele können ein methodisch-analytisches Verständnis und das Bewusstsein dafür schärfen, dass bereits eine minimale Veränderung von Variablen weitgehende Auswirkungen auf das Spielergebnis haben. Sich bisweilen widersprechende Rational-Choice-Analysen könnten so nicht als Schwäche oder Unzulänglichkeit interpretiert werden, sondern als Ausdruck der Komplexität gesellschaftlicher Verhältnisse, die sich nicht durch sparsame Modelle abbilden lassen. Der Rational-Choice-Ansatz ist sinnvoll, da er etwas darüber aussagt, wie eine Welt aussehen würde, in der Menschen vollständig rational und eigennützig handelten (Hindmoor 2011, 205; siehe auch Goodin 1996). Das Stellen von „was wäre, wenn“-Fragen kann u.a. nützlich für die Gestaltung politischer Institutionen sein (vgl. Hay 2004b, 57f.). Die Aspiration universeller Erklärungskraft steht damit jedoch zur Disposition.

Wenn aber sowohl Rationalität wie auch Eigennutz respektive Akteurspräferenzen nur kontextuell bestimmt werden können (Stichwort „bounded rationality“, vgl. Kahneman/Tversky 2000; Kahneman 2003; auch schon Simon 1959), geht die Möglichkeit der mathematischen Modellierung verloren. Es ist dann nicht mehr möglich, wie Hindmoor (2010, 53) annimmt, den Rational-Choice-Ansatz zu verfolgen, ohne dass das theoretische Gerüst grundsätzlich infrage gestellt wird. Der Ansatz funktioniert nur, wenn davon ausgegangen werden kann, dass Akteure in der gleichen Situation die gleichen Entscheidungen treffen. Wenn jedoch Rationalität durch den Kontext eingeschränkt wird und also ein Produkt dieses Kontexts darstellt, muss vom methodologischen Individualismus und damit von der mathematischen Modellierbarkeit menschlichen Handelns Abstand genommen werden.

Damit stellt sich die Dominanz des Rational-Choice-Ansatzes innerhalb des angloamerikanischen Raums als erklärungsbedürftiges Phänomen dar, die sich u.a. darin äußert, dass sich mit

der Kritik an dem Ansatz im Vergleich zu der Menge an produzierten Arbeiten und Analysen kaum beschäftigt wird und die Differenzen gerade nicht zu einem „offenen Wettbewerb von Forschungsprogrammen“ (Eder 2012, 196) führen (vgl. Wullweber 2014). Von Dominanz des Rational-Choice-Ansatzes kann in der deutschsprachigen Politikwissenschaft und im kontinentaleuropäischen Raum bislang nicht gesprochen werden (vgl. Kreisky et al. 2012). Hier überwiegt weiterhin ein Pluralismus in den Politikwissenschaften, in dem sowohl positivistische als auch postpositivistische Theorien ihren Platz haben.

Jede (politische) Theorie enthält notgedrungen blinde Flecken. Eine pluralistische Politikwissenschaft ist Garant dafür, dass für komplexe gesellschaftliche Prozesse, Ereignisse und Probleme komplexe und vielfältige Erklärungen und Theorien miteinander konkurrierende oder auch sich ergänzende Lösungsansätze und -strategien entwickelt werden. Denn: „Theories do not simply explain or predict, they tell us what possibilities exist for human action and intervention; they define not merely our explanatory possibilities but also our ethical and practical horizons“ (Smith 1996, 13). Nur eine pluralistische Politikwissenschaft ist deshalb eine demokratische Entscheidungen ermöglichende und bestärkende Wissenschaft.

ANMERKUNGEN

- 1 Für konstruktive Kritik und Anmerkungen meines Beitrags bedanke mich ganz herzlich bei Hans Pühretmayer, Christoph Scherrer, den ÖZP-HerausgeberInnen, Benjamin Wilhelm sowie den TeilnehmerInnen des Workshops *Post-Positivism in Economic Thought* in Erfurt im Januar 2013 und des Forschungskolloquiums in Kassel im April 2013. Für die außerordentlich systematische, präzise und kritische Durchsicht meines Beitrags möchte ich mich weiters bei den beiden anonymen GutachterInnen und bei Andreas Dür bedanken. Selbstverständlich habe ich ganz allein verbleibende Unzulänglichkeiten zu verantworten.
- 2 Shapiro (2005) veröffentlichte später wiederum eine Aufsatzsammlung, in der er auf die Entgegnungen im Detail eingeht und auch zu einer generellen Kritik der Sozialwissenschaften im US-amerikanischen Kontext ausholt.
- 3 Für eine historische Kontextualisierung der Entstehung und der aktuellen Spielarten des Rational-Choice-Ansatzes im (vor allem angloamerikanischen) Wissenschaftsbetrieb vgl. etwa Hauptmann 2005; Engelmann 2010.
- 4 Für eine kritische Auseinandersetzung mit dem Rationalitätskonzept allgemein siehe z.B. König (2003); Hindmoor (2006, 181ff.); Durnová (2012). Die in der Neuen Politischen Ökonomie verbreitete Idee der kollektiven rationalen Handlung wurde ebenfalls stark kritisiert (siehe z.B. Kahneman 2011).
- 5 Für allgemeine und umfassende Einführungen und Erläuterungen zum Rational-Choice-Ansatz vgl. Arrow (1951); Downs (1957); Riker (1962); für eine exzellente Einführung siehe auch Hindmoor (2006).
- 6 Zugleich wusste Smith auch um die Grenzen des freien Markts und sah die Notwendigkeit der Einbettung des nutzenmaximierenden in ein gesamtgesellschaftlich verantwortliches Handeln (vgl. Smith 1977 *1790).
- 7 Zugleich kann Altruismus auch mit Eigennutz erklärt werden (vgl. Becker 1976, 282ff.). Hindmoor führt aus: „[R]ational choice theorists can always find a self-interested motive. Politicians who are prepared to go to jail for their beliefs are simply seeking a reputation for trustworthiness. Activists who risk their lives to campaign for a cause are simply seeking camaraderie and the adrenaline rush of a violent confrontation“ (Hindmoor 2010, 53).
- 8 Das heißt, wenn $X > Y$ und $Y > Z$, dann evtl. dennoch $Z > X$. Oder an einem Beispiel: Wenn ich lieber eine Pizza statt Schokoladeneis esse, das Schokoladeneis aber zugleich dem griechischen Salat vorziehe, kann es sein, dass ich dennoch evtl. lieber den griechischen Salat statt der Pizza esse und es mir, ceteris paribus, beim Abendessen vielleicht schon anders überlegt habe.
- 9 Wobei dem Rational-Choice-Ansatz in manchen Arbeiten auch vorgeworfen wird, der politischen Rechten in Großbritannien und den Vereinigten Staaten intellektuelle Grundlagen geliefert zu haben (Self 1993; Stretton/Orchard 1994; Hay 2004a, 43). Auch Hindmoor (2006, 13) sieht diesen Zusammenhang, führt jedoch zugleich aus, dass der Rational-Choice-Ansatz nicht per se politisch rechts stehend sei (ähnlich auch Dowding/Hindmoor 1997; vgl. Taylor 1976).
- 10 In der aktuelleren Einführung zu Public Choice von Mueller (2003) ist diese Aussage nicht (mehr) zu finden.
- 11 Sen (1980, 354ff.) kritisiert, dass statt von deskriptiver Falschheit richtigerweise von deskriptiver Unvollständigkeit gesprochen werden müsste.

- 12 Zu den in der Literatur verwendeten, verschiedenen Formen von Positivismus siehe Smith et al. (1996); Steinmetz (2005). Halfpenny (1982) unterscheidet zwölf verschiedene Formen von Positivismus und Giedymin (1975) identifiziert 64 positivistische Mutationen.
- 13 Hinsichtlich der Debatte von induktiven vs. deduktiven Annahmen im Rational-Choice-Ansatz siehe auch Marx (2010, 2011); Engelman (2010); Grobe (2011).
- 14 Paradoxerweise ist auch das Individuum eine Blackbox: Hinsichtlich der Grundlage der Rationalität des Akteurs wird auf dessen Psychologie verwiesen, die wiederum als konstant (rational) gesetzt und auf diese Weise theoretisch ausgeklammert werden kann (vgl. Dür 2012; Mueller 2003, 79ff.; Dietrich/List 2013).
- 15 Siehe zur Herleitung des Begriffs Kontingenz in Abgrenzung zum aristotelischen Begriff des Zufalls Laclau (1990, 18ff.)
- 16 Daraus resultiert auch die Bedeutung der Entscheidungs- und Nutzentheorie für den Rational-Choice-Ansatz (vgl. Carlson/Dacey 2013, 91f.; 103; Von Neumann/Morgenstern 1953).
- 17 So findet sich in einigen postpositivistischen Theorien ebenfalls eine starke Komplexitätsreduktion (vgl. z.B. Laclau/Mouffe 1991). Diese wird allerdings in einem nächsten Schritt durch Theoreme wie Unentschiedenheit, Kontingenz und Antagonismus wieder vielschichtig.
- 18 Wobei auch der Rational-Choice-Ansatz durch viele spieltheoretische Modelle die Möglichkeit vieler Lösungen einschließt. Die Generierung universell gültiger Objektivität ist dennoch das erklärte Ziel des Ansatzes.
- 19 Wobei postpositivistische Theorien ergänzen, dass Plausibilität nur, wie oben beschrieben, vor dem Hintergrund eines soziohistorischen Kontexts bestimmt werden kann.
- 20 Nach Green und Shapiro (1996, 267) wäre das für bestimmte Extremsituationen denkbar, in denen wenig Handlungsoptionen existieren.

LITERATURVERZEICHNIS

- Ariely, Dan* (2008). *Predictably irrational: The Hidden Forces That Shape Our Decisions*, New York.
- Arrow, Kenneth J.* (1951). *Social Choice and Individual Values*, New York, 2. Auflage.
- Becker, Gary S.* (1976). *Economic Approach to Human Behaviour*, Chicago.
- Bell, Stephen* (2002). The Limits of Rational Choice: New Institutionalism in the Test Bed of Central Banking Politics in Australia, in: *Political Studies*, Vol. 50(3), 477–496.
- Blaikie, Norman* (1993). *Approaches to Social Enquiry*, Cambridge.
- Blaug, Mark* (1980). *The methodology of economics. Or how economists explain*, Cambridge.
- Bodenstein, Thilo* (2013). Rational Choice, in: *Joscha Wullweber/Antonia Graff/Maria Behrens* (Hg.): *Theorien der Internationalen Politischen Ökonomie*, Wiesbaden, 67–82.
- Boudon, Raymond* (2003). Beyond Rational Choice Theory, in: *Annual Review of Sociology*, Vol. 29, 1–21.
- Callon, Michel* (2007). What does it mean to say that economics is performative? in: *Donald MacKenzie/Fabian Muniesa/Lucia Siu* (Hg.): *Do economists make markets? On the performativity of economics*, Princeton, 311–357.
- Carlson, Lisa/Raymond Dacey* (2013). Game theory: International trade, conflict and cooperation, in: *Ronen Palan* (Hg.): *Global Political Economy. Contemporary theories*, London/New York, 91–103.
- Cox, Gary W.* (1999). The Empirical Content of Rational Choice Theory: A Reply to Green and Shapiro, in: *Journal of Theoretical Politics*, Vol. 11 (2), 147–149.
- Derrida, Jacques* (1986). *Positionen*, Graz/Wien.
- Derrida, Jacques* (1991). Gesetzeskraft. Der „mythische Grund der Autorität“, Frankfurt am Main.
- Dietrich, Franz/Christian List* (2013). Where do preferences come from? in: *International Journal of Game Theory*, Vol. 42(3), 613–637.
- Dowding, Keith/Andrew Hindmoor* (1997). The Usual Suspects: Rational Choice Theory, Socialism and Political Theory, in: *New Political Economy*, Vol. 2(3), 451–463.
- Downs, Anthony* (1957). *An Economic Theory of Democracy*, New York.
- Dür, Andreas* (2010). Protection for exporters. Power and discrimination in transatlantic trade relations, 1930–2010, Ithaca.
- Dür, Andreas* (2012). Rational Choice: Ein kritisches Plädoyer für Theorien der rationalen Entscheidung, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Vol. 41(1), 73–83.
- Dunleavy, Patrick* (1991). *Democracy, Bureaucracy and Public Choice*, Hemel Hempstead.
- Durnová, Anna* (2012). Über die Rationalität hinaus: für eine interpretative und reflexive Wissenschaft. Reaktion auf Andreas Dür, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Vol. 41(3), 315–322.
- Eder, Franz* (2012). Poliheuristische Theorie: Eine Antwort auf die Schwächen von Rational Choice, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Vol. 41(2), 195–199.

- Eells*, Ellery (1982). *Rational Decision and Causality*, Cambridge.
- Elster*, Jon (1989). *Nuts and Bolts for the Social Sciences*, Cambridge.
- Elster*, Jon (2000). Rational Choice History: A Case of Excessive Ambition, in: *American Political Science Review*, Vol. 94(3), 685–695.
- Elster*, Jon (2007). *Explaining Social Behavior*, Cambridge.
- Engelmann*, Stephen G. (2010). Theory Trouble. The Case of Biopolitical Science, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Vol. 39(1), 55–71.
- Friedman*, Jeffrey (Hg.) (1996). *The Rational Choice Controversy: Economic Models of Politics Reconsidered*, New Haven.
- Friedman*, Milton (1953). *Essays in Positive Economics*, Chicago/London.
- Frohlich*, Norman/Joe *Oppenheimer* (2006). Skating on Thin Ice: Cracks in the Public Choice Foundation, in: *Journal of Theoretical Politics*, Vol. 18(3), 235–266.
- Giedymin*, Jerzy (1975). Antipositivism in Contemporary Philosophy of Social Science and Humanities, in: *British Journal for the Philosophy of Science*, Vol. 26(4), 275–301.
- Gilbert*, Margaret (1989). *On Social Facts*, Princeton, NJ.
- Glynos*, Jason/David R. *Howarth* (2007). *Logics of Critical Explanation in Social and Political Theory*, London u.a.
- Goodin*, Robert E. (1996). Institutions and Their Design, in: Robert E. *Goodin* (Hg.): *Theory of Institutional Design*, Cambridge, 1–53.
- Green*, Donald P./Ian *Shapiro* (1994). *Pathologies of Rational Choice Theory. A Critique of Applications in Political Science*, New Haven, CT.
- Green*, Donald P./Ian *Shapiro* (1996). Pathologies Revisited: Reflections on Our Critics, in: Jeffrey *Friedman* (Hg.): *The Rational Choice Controversy: Economic Models of Politics Reconsidered*, New Haven, 235–276.
- Green*, Donald P./Ian *Shapiro* (1999). *Rational Choice. Eine Kritik am Beispiel von Anwendungen in der Politikwissenschaft*, München.
- Grobe*, Christian (2011). Die Lücke, die der empiristische rational-choice-Ansatz lässt. Eine Replik auf Johannes Marx, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, Vol. 18(1), 109–124.
- Guth*, Werner/Rolf *Schmittberger*/Bernd *Schwarze* (1982). An Experimental Analysis of Ultimatum Bargaining, in: *Journal of Economic Behavior and Organization*, Vol. 3(4), 367–388.
- Halfpenny*, Peter (1982). *Positivism and Sociology: Explaining Social Life*, London.
- Hall*, Peter A./Rosemary C. R. *Taylor* (1996). Political Science and the Three New Institutionalisms, in: *Political Studies*, Vol. 44(5), 936–957.
- Harré*, Rom (1970). *The principles of scientific thinking*, Chicago.
- Hauptmann*, Emily (1996). Putting Choice Before Democracy: A Critique of Rational Choice Theory.
- Hauptmann*, Emily (2005). Defining „Theory“ in Postwar Political Science, in: George *Steinmetz* (Hg.): *The Politics of Method in the Human Sciences. Positivism and Its Epistemological Others*, Durham, NC, 207–232.
- Hay*, Colin (2002). *Political Analysis. A Critical Introduction*, Basingstoke, Hampshire.
- Hay*, Colin (2004a). The normalizing role of rationalist assumptions in the institutional embedding of neoliberalism, in: *Economy and Society*, Vol. 33(4), 500–527.
- Hay*, Colin (2004b). Theory, Stylized Heuristic or Self-Fulfilling Prophecy? The Status of Rational Choice Theory in Public Administration, in: *Public Administration*, Vol. 82(1), 39–62.
- Hay*, Colin (2008). Political Ontology, in: Robert E. *Goodin*/Charles *Tilly* (Hg.): *The Oxford Handbook of Contextual Political Analysis*, Oxford, 78–96.
- Herne*, Kaisa/Maija *Setälä* (2004). A response to the critique of rational choice theory: Lakatos' and Laudan's conceptions applied, in: *Inquiry*, Vol. 47(1), 67–85.
- Hindmoor*, Andrew (2004). *New Labour at the Centre: Constructing Political Space*, Oxford.
- Hindmoor*, Andrew (2006). *Rational Choice*, Basingstoke.
- Hindmoor*, Andrew (2010). Rational Choice, in: David *Marsh*/Gerry *Stoker* (Hg.): *Theory and Methods in Political Science*, Basingstoke, 42–59.
- Hindmoor*, Andrew (2011). „Major Combat Operations Have Ended“? Arguing about Rational Choice, in: *British Journal of Political Science*, Vol. 41(1), 191–210.
- Hindriks*, Frank (2008). False Models as Explanatory Engines, in: *Philosophy of the Social Sciences*, Vol. 38(3), 334–360.
- Hollis*, Martin (1994). *The Philosophy of Social Science*, Cambridge.
- Holzinger*, Katharina (2008). Transnational Common Goods: Strategic Constellations, Collective Action Problems, and Multi-Level Provision, Basingstoke.
- Holzinger*, Katharina (2009). Vom ungeliebten Störfried zum akzeptierten Paradigma? Zum Stand der (Neuen) Politischen Ökonomie in Deutschland, in: *Politische Vierteljahresschrift*, Vol. 50(3), 539–576.
- Husserl*, Edmund (1978). The origin of Geometry, in: Jacques *Derrida* (Hg.): *Edmund Husserl's „Origin of Geometry“: An Introduction*, New York, 157–180.
- Kahneman*, Daniel/Amos *Tversky* (2000). *Choices, Values and Frames*, Cambridge.

- Kahneman*, Daniel (2003). Maps of Bounded Rationality: Psychology for Behavioral Economics, in: *The American Economic Review*, Vol. 93(5), 1449–1475.
- Kahneman*, Daniel (2011). *Schnelles Denken, langsames Denken*, München.
- Keohane*, Robert O. (2009). The Old IPE and the New, in: *Review of International Political Economy*, Vol. 16(1), 34–46.
- Kessler*, Oliver (2008). *Die internationale politische Ökonomie des Risikos: Eine Analyse am Beispiel der Diskussion um die Reformierung der Finanzmärkte*, Wiesbaden.
- König*, Markus (2003). *Habitus und Rational Choice. Ein Vergleich der Handlungsmodelle bei Gary S. Becker und Pierre Bourdieu*, Wiesbaden.
- Kreisky*, Eva/Marion *Löffler*/Georg *Spitaler* (Hg.) (2012). *Theoriearbeit in der Politikwissenschaft*, Wien.
- Kuhn*, Thomas S. (1967). *Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen*, Frankfurt am Main.
- Laclau*, Ernesto/Chantal *Mouffe* (1991). *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*, Wien.
- Laclau*, Ernesto (Hg.) (1990). *New Reflections on the Revolution of Our Time*, London/New York.
- Laclau*, Ernesto (1999). Dekonstruktion, Pragmatismus, Hegemonie, in: Chantal *Mouffe* (Hg.): *Dekonstruktion und Pragmatismus*, Wien, 111–154.
- Laclau*, Ernesto (2000). Identity and Hegemony: The Role of Universality in the Constitution of Political Logics, in: Judith *Butler*/Ernesto *Laclau*/Slavoj *Žižek* (Hg.): *Contingency, Hegemony, Universality*, London/New York, 44–89.
- Lakatos*, Imre (1977). *The Methodology of Scientific Research Programmes: Volume 1: Philosophical Papers*, Cambridge.
- Lake*, David A. (2009). Open Economy Politics: A Critical Review, in: *Review of International Organization*, Vol. 4(3), 219–244.
- Laudan*, Larry (1977). *Progress and its Problems: Towards a Theory of Scientific Growth*, London.
- Laudan*, Larry (1996). *Beyond Positivism and Relativism: Theory, Method, and Evidence*, Boulder, Co.
- Lefort*, Claude (1988). *Democracy and Political Theory*, Cambridge.
- MacDonald*, Paul K. (2003). Useful Fiction or Miracle Maker: The Competing Epistemological Foundations of Rational Choice Theory, in: *American Political Science Review*, Vol. 97(4), 551–565.
- MacKenzie*, Donald (2006). *An Engine, Not a Camera. How Financial Models Shape Markets*, Cambridge.
- Marx*, Johannes (2010). Is There a Hard Core of IR? Eine wissenschaftstheoretische Betrachtung der Theorien der Internationalen Beziehungen, in: *Zeitschrift für internationale Beziehungen*, Vol. 17(1), 39–73.
- Marx*, Johannes (2011). Zum Status und zur Leistungsfähigkeit von Annahmen in der Ökonomik. Eine Replik auf Christian Grobe, in: *Zeitschrift für internationale Beziehungen*, Vol. 18(1), 125–132.
- Mayntz*, Renate/Fritz W. *Scharpf* (Hg.) (1995). *Gesellschaftliche Selbstregelung und politische Steuerung*, Frankfurt am Main.
- Mueller*, Dennis C. (1993). The Future of Public Choice, in: *Public Choice*, Vol. 77(1), 145–150.
- Mueller*, Dennis (2003). *Public Choice III*, Cambridge.
- Mueller*, Dennis (2004). Public Choice: An Introduction, in: Charles K. *Rowley*/Friedrich *Schneider* (Hg.): *Readings in Public Choice and Constitutional Political Economy*, New York, 31–46.
- Pettit*, Philip (2002). Rational choice, functional selection, and „empty boxes“, in: Uskali *Mäki* (Hg.): *Fact and Fiction in Economics Models: Realism and Social Construction*, Cambridge, 231–256.
- Popper*, Karl R. (1957). *The Poverty of Historicism*, Frome/London.
- Pühretmayer*, Hans (2010). Zur Kombinierbarkeit von Critical Realism und Poststrukturalismus: Eine Reformulierung der Struktur-Handlungs-Frage, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Vol. 39(1), 9–26.
- Riker*, William (1962). *The Theory of Political Coalitions*, New Haven.
- Riker*, William (1990). Political Science and Rational Choice, in: James E. *Alt*/Kenneth A. *Shepsle* (Hg.): *Perspectives on Positive Political Economy*, Cambridge, 163–181.
- Scharpf*, Fritz W. (1997). *Games Real Actors Play. Actor-Centered Institutionalism in Policy Research*, Boulder/Oxford.
- Self*, Peter (1993). *Government by the market?* Basingstoke, Hampshire.
- Sen*, Amartya Kumar (1980). Description as Choice, in: *Oxford Economic Papers*, Vol. 32(3), 353–369.
- Shackle*, George L. S. (1969). *Decision, Order and Time in Human Affairs*, London.
- Shapiro*, Ian (Hg.) (2005). *The Flight from Reality in the Human Sciences*, Princeton.
- Shapiro*, Michael J. (1981). *Language and Political Understanding: The Politics of Discursive Practices*, New Haven u.a.
- Simon*, Herbert A. (1959). A Behavioral Model of Rational Choice, in: *Quarterly Journal of Economics*, Vol. 69(1), 99–118.
- Smith*, Adam (1974 [1776]). *Der Wohlstand der Nationen. Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen*, München.
- Smith*, Adam (1977 [1790]). *Theorie der ethischen Gefühle*, Hamburg.
- Smith*, Steve/Ken *Booth*/Marysia *Zalewski* (Hg.) (1996). *International Theory: Positivism & Beyond*, Cambridge.
- Smith*, Steve (1996). Positivism and Beyond, in: Steve *Smith*/Ken *Booth*/Marysia *Zalewski* (Hg.): *International Theory: Positivism & Beyond*, Cambridge, 11–44.
- Steinmetz*, George (2005). *The Politics of Method in the Human Sciences. Positivism and Its Epistemological Others*, Durham, NC.

- Stretton, Hugh/Lionel Orchard* (1994). *Public Goods, Public Enterprise, Public Choice. Theoretical foundations of the contemporary attack on government*, Basingstoke, Hampshire.
- Taylor, Michael* (1976). *Anarchy and Cooperation*, London.
- Tsebelis, George* (1990). *Nested Games: Rational Choice in Comparative Politics*.
- von Mises, Ludwig* (1951). *Socialism. An Economic and Sociological Analysis*, New Haven.
- Von Neumann, John/Oskar Morgenstern* (1953). *Theory of games and economic behavior*, Princeton, 3. Auflage.
- Ward, Hugh* (2008). Rational Choice, in: David *Marsh/Gerry Stoker* (Hg.): *Theory and Methods in Political Science*, Basingstoke, 65–89.
- Wendt, Alexander* (1999). *Social Theory and International Politics*, Cambridge.
- Wight, Colin* (2006). *Agents, Structures and International Relations. Politics as Ontology*, Cambridge.
- Wullweber, Joscha* (2010). *Hegemonie, Diskurs und Politische Ökonomie. Das Nanotechnologie-Projekt*, Baden-Baden.
- Wullweber, Joscha* (2014). Post-Positivist Political Theory, in: Michael T. *Gibbons* (Hg.): *The Encyclopedia of Political Thought*, Chichester.
- Wullweber, Joscha* (2014). The question is which is to be master – that’s all! Amerikanische Internationale Politische Ökonomie vs. britische Internationale Politische Ökonomie!?, In: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, im Erscheinen.

AUTOR

Dr. Joscha WULLWEBER ist Akademischer Rat. Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Global Finance/Finanzmärkte; Theorien und Methoden der Internationalen Politischen Ökonomie/ Internationale Politik; Hegemonie- und Diskurstheorien; Security Studies; Wirtschaftspolitik. Er ist Sprecher des Arbeitskreises Internationale Politische Ökonomie der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. Jüngste Veröffentlichungen: (2014): *Global Politics and Empty Signifiers: The political construction of high-technology*, in: *Critical Policy Studies*, DOI: 10.1080/19460171.2014.918899; (2013): *Theorien der Internationalen Politischen Ökonomie*, Wiesbaden: VS Verlag (mit A. Graf und M. Behrens).